

Fonds für
Versöhnung,
Frieden und
Zusammenarbeit.
1938 - 1945
Zwangsarbeit in Österreich
Späte Anerkennung
Geschichte
Schicksale

Die Rolle der Zwangsarbeit 1938 - 1945

Die Schicksale der Opfer

Die Leistungen des Österreichischen Versöhnungsfonds



Erinnerung an die Vergangenheit: Warum eigentlich?

Österreich ist heute ein geachtetes, erfolgreiches Land mitten in Europa. Das war nicht immer so. Die Verbrechen des Nationalsozialismus – Rassenwahn, Terror, Krieg – wurden vielfach auch von Österreichern begangen. Viele unterstützten das Nazi-Regime und befürworteten seine Ziele. Nur wenige lehnten sich dagegen auf und gingen – aus religiösen oder politischen Gründen – in den aktiven Widerstand.

Was bedeutet das alles für unsere Zeit? Was hat Österreichs schreckliche Vergangenheit mit unserer Gegenwart zu tun? Müssen wir uns schuldig fühlen für das, was Österreicher während der Nazi-Zeit getan haben? Wer ist wofür verantwortlich? Wer muss wessen Unrecht wieder gutmachen? Gibt es eine über die Generationen fortwirkende „Kollektivschuld“? Ist so etwas wie „Wiedergutmachung“ überhaupt möglich?

Es gibt keine Kollektivschuld

Rechts- und Morallehrer sind sich darüber einig, dass es keine „Kollektivschuld“ gibt. Aber es gibt so etwas wie eine gemeinsame Verantwortung für die Vergangenheit – über die Generationen hinweg. Sie hängt sehr mit unserem Menschenbild zusammen: Wir können zwischen gut und böse, zwischen Recht und Unrecht unterscheiden. Deshalb müssen wir uns unserer Verantwortung stellen – für heute, für morgen, aber auch für das, was in der Vergangenheit geschehen ist.

Wir sind es den Opfern der Vergangenheit schuldig, uns mit dem Thema Zwangsarbeit zu beschäftigen.

Österreich hat sich mit seiner Vergangenheit lange Zeit nur oberflächlich auseinandergesetzt. Zwar wurden manche NS-Verbrechen verurteilt, den geflohenen NS-Tätern wurde aber nicht genügend systematisch nachgespürt. Es ist Einzelpersonen wie dem ehemaligen KZ-Häftling und weltweit berühmt gewordenen Mahner Simon Wiesenthal zu verdanken, dass auch Jahrzehnte nach Ende des Nazi-Regimes Nazi-Verbrecher aufgespürt und durch seine Informationen und Dokumente vor Gericht gestellt werden konnten.

Verantwortung wahrnehmen

Wir alle sind es den Opfern der Vergangenheit, aber auch unserer Zukunft schuldig, uns damit gründlich und verantwortungsvoll zu beschäftigen. Dazu gehört auch der Umgang mit dem Thema Zwangsarbeit.

Hunderttausende Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus ganz Europa wurden auch auf österreichischem Gebiet rücksichtslos ausgebeutet. Viele gingen an den unmenschlichen Arbeitsbedingungen, am Hunger oder an Erschöpfung zu Grunde. Jene, die den Terror der Nazi-Zeit überleben konnten, kämpften oft ihr Leben lang mit körperlichen und seelischen Folgeschäden. Ihre Schicksale zeigen uns hautnah, warum es wichtig ist, die Vergangenheit nicht zu vergessen oder zu verdrängen – und Verantwortung wahrzunehmen.



Quelle: DÖW

Auch die Industrie profitierte massiv von der Zwangsarbeit: Die Zwangsarbeiter wurden rücksichtslos und unmenschlich ausgebeutet. Vor vielen Betrieben stand ein bewachtes Lager.

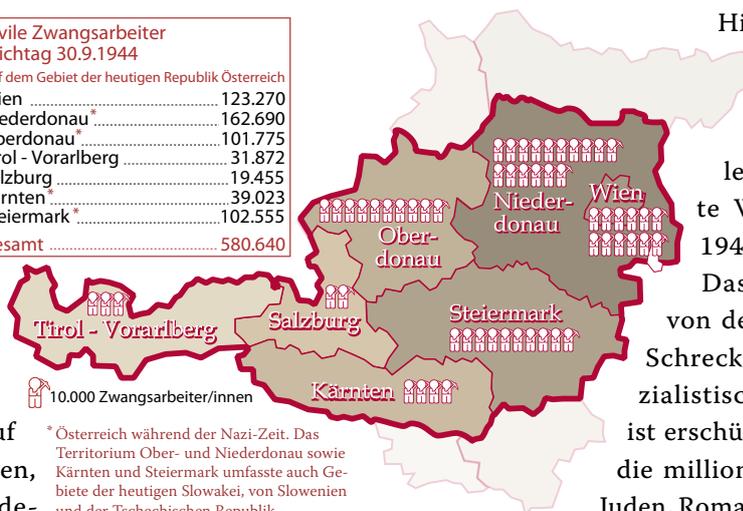
Statt Demokratie: Rassenwahn, Terror und Krieg

Das in Österreich – wie in allen anderen Ländern Europas – Frieden und Demokratie herrschen, ist für uns heute eine Selbstverständlichkeit. Zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg war das ganz anders. In vielen Ländern verdrängten Diktaturen Rechtsstaat und Volksvertretungen. In Österreich schaltete Bundeskanzler Engelbert Dollfuß 1933 die demokratischen Institutionen aus. (Der strikte Nazi-Gegner Dollfuß wurde von nationalsozialistischen Putschisten im Juli 1934 ermordet). 1938 wurde Österreich an das Deutsche Reich angeschlossen. Sofort wurden in einer Aktion beispielloser Demütigung in Wien lebende Jüdinnen und Juden zum Beiseitigen von Parolen auf den Straßen gezwungen, mit denen das ständestaatliche Schuschnigg-Regime für die geplante Volksabstimmung zu Gunsten eines selbstständigen Österreich geworben hatte.

Zivile Zwangsarbeiter Stichtag 30.9.1944	
Auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich	
Wien	123.270
Niederdonau*	162.690
Oberdonau*	101.775
Tirol - Vorarlberg	31.872
Salzburg	19.455
Kärnten*	39.023
Steiermark*	102.555
Gesamt	580.640

 10.000 Zwangsarbeiter/innen

* Österreich während der Nazi-Zeit. Das Territorium Ober- und Niederdonau sowie Kärnten und Steiermark umfasste auch Gebiete der heutigen Slowakei, von Slowenien und der Tschechischen Republik



Gesetzen“ 1935 eine blutige Rassenherrschaft: „Nichtarier“ wurden um ihre Rechte gebracht, verfolgt und systematisch vernichtet. Seine NSDAP und ihre Nebenorganisationen beherrschten alle Lebensbereiche der Gesellschaft. Wer sich dagegen auflehnte, wurde eingesperrt und oft auch umgebracht.

Erschütternde Schreckensbilanz

Hitler-Deutschland steuerte auch außenpolitisch einen Vernichtungs-Kurs. Mit dem Überfall auf Polen 1939 begann der Zweite Weltkrieg. Erst im Mai 1945 war es endlich soweit: Das Deutsche Reich wurde von den Alliierten besiegt. Die Schreckensbilanz des nationalsozialistischen Massenverbrechens ist erschütternd: 55 Millionen Tote, die millionenfache Ausrottung von Juden, Roma und Sinti, die Ausbeutung von Millionen Zwangsarbeitern, zerstörte Landstriche, 24 Millionen Vertriebene.

Über 65.000 österreichische Juden fanden, vorwiegend in Konzentrations- und Vernichtungslagern, den Tod. Mehr als 32.000 nicht-jüdische Österreicher wurden vom NS-Regime ermordet, weit mehr als 1.200 wurden wegen aktiven Widerstands hingerichtet.

Blutige Rassenherrschaft

Das mit Abstand schlimmste Regime errichtete Adolf Hitler, seit 1933 Reichskanzler des „Deutschen Reiches“. Er setzte die Grundrechte aus, schaffte das Parlament ab und begann mit den judenfeindlichen „Nürnberger

Was Zwangsarbeiter/-innen in Österreich erlebt haben

„Ich wurde mehr als einmal vergewaltigt, von einem Aufseher sexuell missbraucht und mit einer Schaufel geschlagen“, berichtet die einstige Sowjet- und heutige US-Bürgerin Tatiana N. Von den massiven Misshandlungen zeugt heute noch eine Narbe an der Schulter.

Ewa R. aus Polen musste die Ermordung ihrer Eltern und Geschwister erleben, ehe sie nach Kärnten zu einem Bauern kam. Ihr Leben dort: Sie bekam wenig zu essen, durfte Arbeitsverletzungen nicht behandeln lassen und wurde vom Bauernsohn immer wieder vergewaltigt.



Alle Arbeitsbücher:
Paul Raehler

„Zwangsarbeit“: Was bedeutete das?

Für die Betriebe in Nazi-Deutschland, aber auch für die landwirtschaftliche Produktion spielten Zwangsarbeiter eine wichtige Rolle: Bereits ab 1938 wurden Zwangsarbeiter auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich eingesetzt.

Druck und Drohungen

Nach Kriegsbeginn 1939 – die Wirtschaft im Deutschen Reich litt aufgrund der Aufrüstung und der Wehrpflicht für deutsche und österreichische Männer rasch unter einem Mangel an Arbeitskräften – brachte man Menschen aus den besetzten Gebieten (zunächst Polen, Frankreich, Gebiet des früheren Jugoslawien) als Kriegsgefangene und zivile Zwangsarbeiter ins Deutsche Reich. Die Deutschen versprachen den Menschen zunächst „goldene“ Arbeitsbedingungen.

Nützte das nichts, wurde mit Druck und Drohung gearbeitet („Nur in Deutschland hast du Überlebenschancen“). Schließlich gab es regelrechte Menschenjagden auf Dorfplätzen, vor Schulen und vor Kirchen. Eingesetzt wurden die Zwangsarbeiter/innen vor allem in der Landwirtschaft, in der Grundstoff-, Stahl-, Fahrzeug- und Rüstungsindustrie, beim Straßen- und Eisenbahnbau, aber auch in kleineren Betrieben.

Eine Million Zwangsarbeiter

Ab 1942 wurden neben sowjetischen Kriegsgefangenen auch KZ-Häftlinge zur Zwangsarbeit herangezogen

– oft gezielt so lange, bis sie an Erschöpfung starben. Auch in Österreich verbliebene Juden wurden zum „geschlossenen Arbeitseinsatz“ im Straßen-, Kanal- und Kraftwerksbau, aber auch in der Land- und Forstwirtschaft abkommandiert.

Als die Deutsche Wehrmacht 1944 in Ungarn einmarschierte, wurden zehntausende ungarische Juden als Zwangsarbeiter im Deutschen Reich eingesetzt. In Österreich mussten sie vor allem zum Bau des „Südostwalls“ beitragen und wurden knapp vor Kriegsende auf Todesmärschen in Richtung KZ Mauthausen und dessen Nebenlager getrieben. Roma und Sinti, als „Zigeuner“ schon verbal stigmatisiert, waren – ähnlich wie die Juden – einer systematischen Erniedrigungs- und bald auch Ausrottungspolitik ausgesetzt.

Ohne im Deutschen Reich eingesetzte Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen wäre der Zweite Weltkrieg vielleicht schon 1942 oder spätestens 1943 zu Ende gegangen. Im Herbst 1944 stand alleine in den „Alpen- und Donau-Reichsgauen“, also im Wesentlichen auf dem Gebiet des heutigen Österreich, 1,7 Millionen „freien“ inländischen Arbeitskräften fast eine Million ausländischer Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen gegenüber.



Polnische Zwangsarbeiter mussten das „P“ an ihrer Kleidung tragen.

Ohne diese Zwangsarbeiter/-innen wäre die Nazi-Kriegsmaschinerie schon 1942/43 zusammengebrochen.



Soldaten der Wehrmacht bewachen jüdische Zwangsarbeiter bei der Arbeit. Die Wirtschaft litt schon bald nach Kriegsbeginn unter einem Mangel an Arbeitskräften.

Quelle: Ape-Images/Ullstein-Bild

Zwangsarbeit: Ausbeutung und Rassenwahn

Der Rassenwahn der Nationalsozialisten schlug sich auch in einer „Rangordnung“ der Zwangsarbeiter nieder: An der Spitze standen neben deutschen Nazi-Gegnern „Westarbeiter germanischer Abstammung“ wie Flamen, Niederländer, Dänen und Norweger. Dann folgten Zwangsarbeiter wie Spanier, Franzosen und Italiener sowie Esten, Letten, Litauer, Ungarn, Slowaken, Moldawier, Slowenen, Kroaten, Tschechen, Bulgaren und Mazedonier. Als „Untermenschen“ eingestuft wurden Polen (sie mussten Aufnäher mit „P“ tragen) und Staatsangehörige der Sowjetunion („Ost“-Aufnäher), die noch schlechtere Lebens- und Arbeitsbedingungen vorfanden. Am untersten Ende dieser Entwürdigungsskala rangierten Juden sowie Roma und Sinti, die von den Nazis als „Asoziale“ bezeichnet wurden.

Herkunft und zahlenmäßige Stärke

1. Im Herbst 1944 waren 580.000 Menschen aus der damaligen Sowjetunion, der Slowakei und Tschechien, aus Ungarn, dem damaligen Polen, aus Frankreich, Belgien, den Niederlanden, Italien und anderen Ländern als „zivile Zwangsarbeiter“ in Österreich.
2. Ende 1944 wurden insgesamt 182.000 Kriegsgefangene in Österreich festgehalten und zu einem großen Teil zu Zwangsarbeit verpflichtet.

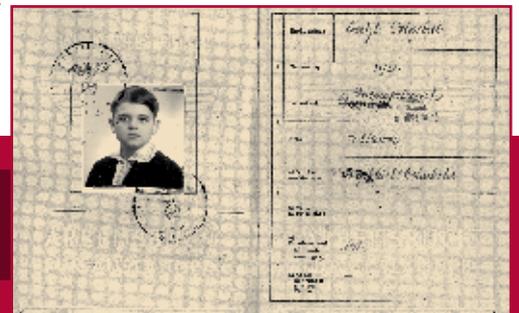


Quelle: Propagandabuch „Europa – arbeitet in Deutschland“

Auf die Gesundheit der Zwangsarbeiter wurde von den Nazis keinerlei Rücksicht genommen.

3. Die drittgrößte Zwangsarbeitergruppe bildeten Ende 1944 rund 65.000 ungarische Juden (Bau des „Südostwalls“). Tausende starben bei Todesmärschen in die Konzentrationslager.
4. Rund 64.000 Insassen (Stand Ende 1944) von Konzentrationslagern auf österreichischem Gebiet wurden zur Zwangsarbeit herangezogen.
5. Österreichische Juden, die zuerst Straßen säubern mussten, wurden schon ab Spätsommer 1938 in „geschlossenen Arbeitskolonnen“ systematisch zur Zwangsarbeit herangezogen (insgesamt 20.000 Personen; im Herbst 1944 waren davon noch 4.000 am Leben).
6. Tausende von österreichischen Roma und Sinti mussten Zwangsarbeit leisten. Im Herbst 1944 lebten noch etwa 1.500 von ihnen.

Zwangsarbeit leisten mussten unter anderem auch Regimegegner, religiöse und ethnische Minderheiten, Homosexuelle, der „Rassenschande“ bezichtigte Personen, Wehrmachtsdeserteure und Behinderte, die häufig auch zu Opfern barbarischer medizinischer Experimente wurden.



Was Zwangsarbeiter/-innen in Österreich erlebt haben

Stephen P. aus Polen wurde schon bei der Ankunft auf einem landwirtschaftlichen Anwesen vom Bürgermeister persönlich gefesselt. Während der Zwangsarbeit brach er sich das rechte Bein, wurde aber medizinisch nur unzureichend versorgt. Dauerschäden sind geblieben. Seine gesamte Familie wurde im KZ Auschwitz ermordet.

Pauline J. arbeitete in einer Landwirtschaft in der Steiermark. 1944 wurde sie schwanger. Ihr Arbeitgeber zeigte dies an. Die Frau wurde von Polizisten abgeholt, auf einen Tisch gestreckt, gefesselt und 24 Stunden in dieser Stellung belassen. Dann wurde sie zu noch schwererer Arbeit eingeteilt, gebar im Jänner 1945 ein Baby. Das Kind starb bald – niemand sagte der Mutter, woran und wo es begraben worden war.

Mauthausen: Massenmord durch Zwangsarbeit

In Österreich ist „Mauthausen“ zum Codewort für die Verbrechen des Nationalsozialismus geworden. Das Konzentrationslager („KZ“) Mauthausen mit seinen zahlreichen Nebenlagern und dem Zusatzlager in Gusen war einer der größten KZ-Komplexe in Nazi-Deutschland.

Bei der Errichtung des Konzentrationslagers Mauthausen hatten übrigens auch wirtschaftliche Absichten eine wichtige Rolle gespielt: Die nahe gelegenen Granit-Steinbrüche der Gemeinde Wien hatten die Phantasie von Nazi-Funktionären beflügelt. Sie wussten nämlich, dass Adolf Hitler große Pläne für den Ausbau der Stadt Linz hegte. Trotzdem diente Mauthausen in erster Linie der Bekämpfung und Vernichtung politisch-ideologischer Gegner des Nationalsozialismus.

Jeder Menschenwürde beraubt

Konzentrationslager waren vom Hitler-Regime ab 1933 (das erste KZ gab es in Dachau) für politische Gegner geschaffen worden. Die KZ-Insassen wurden jeder Menschenwürde beraubt: Sie waren geschoren, hungrig und frierend und ohne hygienische Mindeststandards eingesperrt. Anfangs wurden die Insassen zur Schwerarbeit in Steinbrüchen herangezogen. Später wurden sie in eigens dafür konstruierten Gaskammern systematisch vernichtet — allein durch Gas wurden in Mauthausen 3.500 Menschen ermordet.

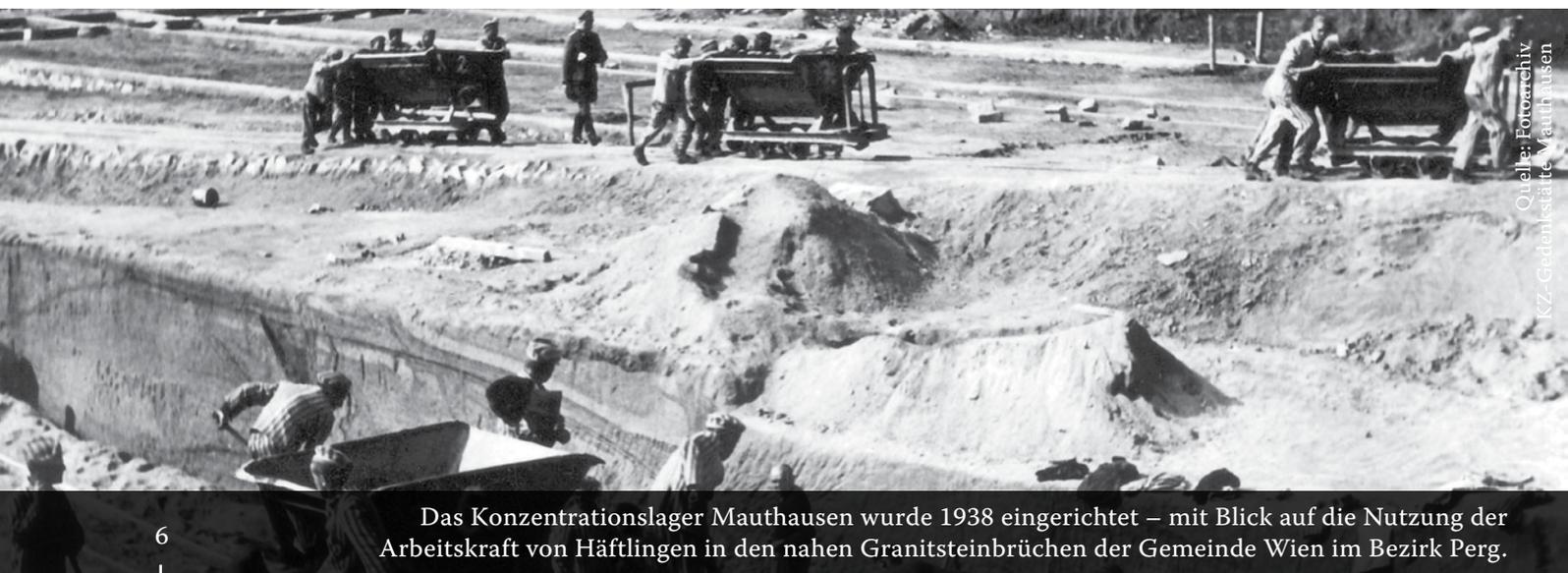
Insgesamt deportierte das Nazi-Regime rund 200.000 Menschen aus allen europäischen und auch außereuropäischen Ländern in den Lagerkomplex Mauthausen. Jeder Zweite überlebte „Mauthausen“ nicht.

Die Sterblichkeit unter Häftlingen war eine der höchsten im deutschen KZ-Bereich. Unterernährung, schlechte Unterbringung und das Verweigern von Rastperioden waren Teil der SS-Strategie. Kranke ließ man vielfach verhungern oder erfrieren – oder tötete sie auch durch Herzinjektionen oder Giftgas. Auch arbeitende Häftlinge wurden für geringe Vergehen oder für zu wenig Leistung bestraft, misshandelt, erschossen oder erhängt. Ende 1944 schufteten in Mauthausen etwa 10.000, in sämtlichen Außenlagern mehr als 60.000 Häftlinge.

Das Nazi-Regime deportierte rund 200.000 Menschen in das Konzentrationslager Mauthausen. Jeder Zweite überlebte „Mauthausen“ nicht.

KZ-Gedenkstätte Mauthausen

Heute ist Mauthausen eine Gedenkstätte, die jährlich von zehntausenden Menschen aus dem In- und Ausland, darunter vielen Schulklassen, besucht wird. Zahlreiche Ausstellungen im Besucherzentrum des Konzentrationslagers folgen behutsam den Spuren der Opfer. Jedes Jahr wird der Befreiung der Lagerinsassen durch die US Army im Mai 1945 mit einer internationalen Feier auf dem ehemaligen KZ-Gelände gedacht, an der auch zahlreiche Überlebende teilnehmen.



Quelle: Fotarchiv KZ-Gedenkstätte Mauthausen

Das Konzentrationslager Mauthausen wurde 1938 eingerichtet – mit Blick auf die Nutzung der Arbeitskraft von Häftlingen in den nahen Granitsteinbrüchen der Gemeinde Wien im Bezirk Perg.

Nazi-Verbrechen: Wer trägt die Verantwortung?

Die Verbrechen des Nationalsozialismus und seine unvorstellbaren Menschenrechtsverletzungen wirken bis heute nach. Vor allem stellte und stellt sich die Frage: Wie können die Opfer, sofern sie noch am Leben sind, „entschädigt“ werden? Wen kann man für die Verbrechen an der Menschlichkeit überhaupt noch zur Verantwortung ziehen?

Österreicher als Opfer?

Lange Zeit wollte man in Österreich dieses Thema nur unter dem Aspekt des Völkerrechts sehen: Der Staat Österreich existierte zwischen 1938 und 1945 nicht – daher konnte Österreich auch nicht zur Verantwortung gezogen werden.

Das bestätigte auch die „Moskauer Erklärung“ der Außenminister der USA, Großbritanniens und der Sowjetunion von 1943, die Österreich als das „erste freie Land“ bezeichnete, „das der typischen Angriffspolitik Hitlers zum Opfer fallen sollte.“ Weil sich die 1949 geschaffene Bundesrepublik (West-)Deutschland zumindest als Teilnachfolgerin des Deutschen Reiches bekannte, wurden sämtliche Forderungen nach Entschädigung zunächst an sie gerichtet. Österreich versteckte sich hinter seiner völkerrechtlichen Opferrolle.

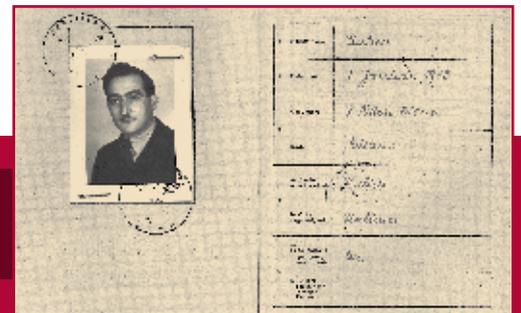


Österreichisches „Volksgesicht“ nach 1945: Zwar wurden über Nationalsozialisten strenge Strafen verhängt. Bald prägten aber Amnestien und der mangelnde Wille zur Auseinandersetzung mit der Nazi-Zeit das Bild.

Moralische Mitverantwortung wird anerkannt

Erst langsam setzte sich in Österreich die Sichtweise durch, dass zwar der Staat 1938 völkerrechtlich ein Opfer war, dass viele Bewohner Österreichs aber nicht nur Opfer, sondern auch Täter und Mitläufer des Nationalsozialismus waren, wie Bundespräsident Kurt Waldheim in einer Radioansprache am 11. März 1988 zum Ausdruck brachte. Bundeskanzler Franz Vranitzky bekannte sich 1991 im österreichischen Parlament und 1993 bei einer Rede in Israel zur „Mitverantwortung für das Leid, das zwar nicht Österreich als Staat, wohl aber Bürger dieses Landes über andere Menschen und Völker gebracht haben“.

Bundespräsident Thomas Klestil sprach im israelischen Parlament 1994 ein gleiches Bekenntnis aus („Die Frontlinie zwischen den Tätern und Opfern lief mitten durch das Volk“), und Bundeskanzler Wolfgang Schüssel wiederholte es beim Gedenken an 1945 im Jahr 2000. Heute ist klar: Österreich anerkennt seine moralische Mitverantwortung für die Verbrechen des Nationalsozialismus.



Was Zwangsarbeiter/-innen in Österreich erlebt haben

„Die ersten zwei Tage nach der Einlieferung gab es überhaupt kein Essen, dann ein kleines Stück Brot“, berichtet der gebürtige Tscheche Jan H. von einem oberösterreichischen Arbeitererziehungslager. Und: „Jede noch so notwendige Entfernung von der Arbeit konnte den Tod bedeuten. Habtacht-Stehen auf dem Hof musste man, bis der Häftling umfiel. Jeden Tag starben Menschen durch Folter, Hunger und Krankheiten. Nur wenige überlebten drei oder mehr Monate.“

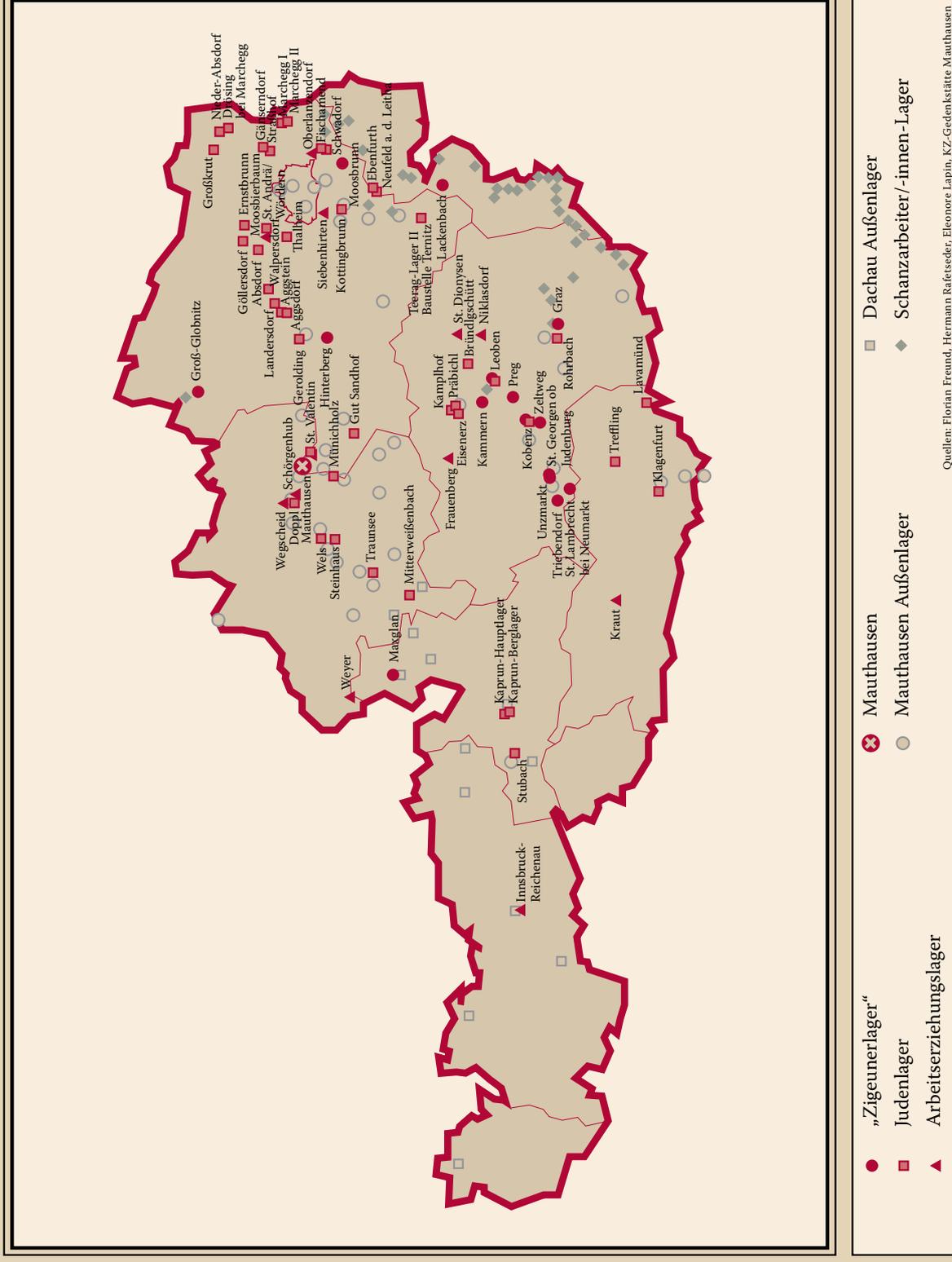
Kohlen schleppen, Leitungen stemmen, Krankenzimmer putzen – und das alles, bis die Hände bluteten: Das war die Strafe für die Wienerin Gertrude W. für ihre Liebesbeziehung zu einem Juden: „Rassenschande“ war für den Nationalsozialismus ein Kapitalvergehen.

Lager in Österreich

In Österreich gab es zur NS-Zeit verschiedene Lagersysteme, wobei Konzentrationslager und Lager für ungarische Juden die schlechtesten Lebensbedingungen hatten.

- Lager für österreichische Juden.
- „Zigeunerlager“ wurden von der Kriminalpolizei organisiert und von Polizeiangehörigen bewacht.
- Das Lagersystem des KZ Mauthausen (und zum Teil des KZ Dachau) unterstand der Inspektion der Konzentrationslager bzw. dem SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt. Bewacht: SS und Wehrmacht.
- Lager für ungarische Juden wurden erst 1944 eingerichtet, um deren Arbeitskraft bei Schanzarbeiten nahe der Grenze zu Ungarn zu nutzen. Sie unterstanden der Gestapo und die Gefangenen wurden von lokalen Hilfskräften bewacht.
- „Arbeiterziehungslager“, in denen vor allem ausländische Zivilarbeiter und -arbeiterinnen festgehalten wurden, unterstanden der Gestapo, die Polizei stellte die Bewachung.

Das Lagersystem für zivile Ausländer kann nach heutigem Forschungsstand noch nicht dargestellt werden. Es umfasst hunderte weitere größere und kleinere Lager.



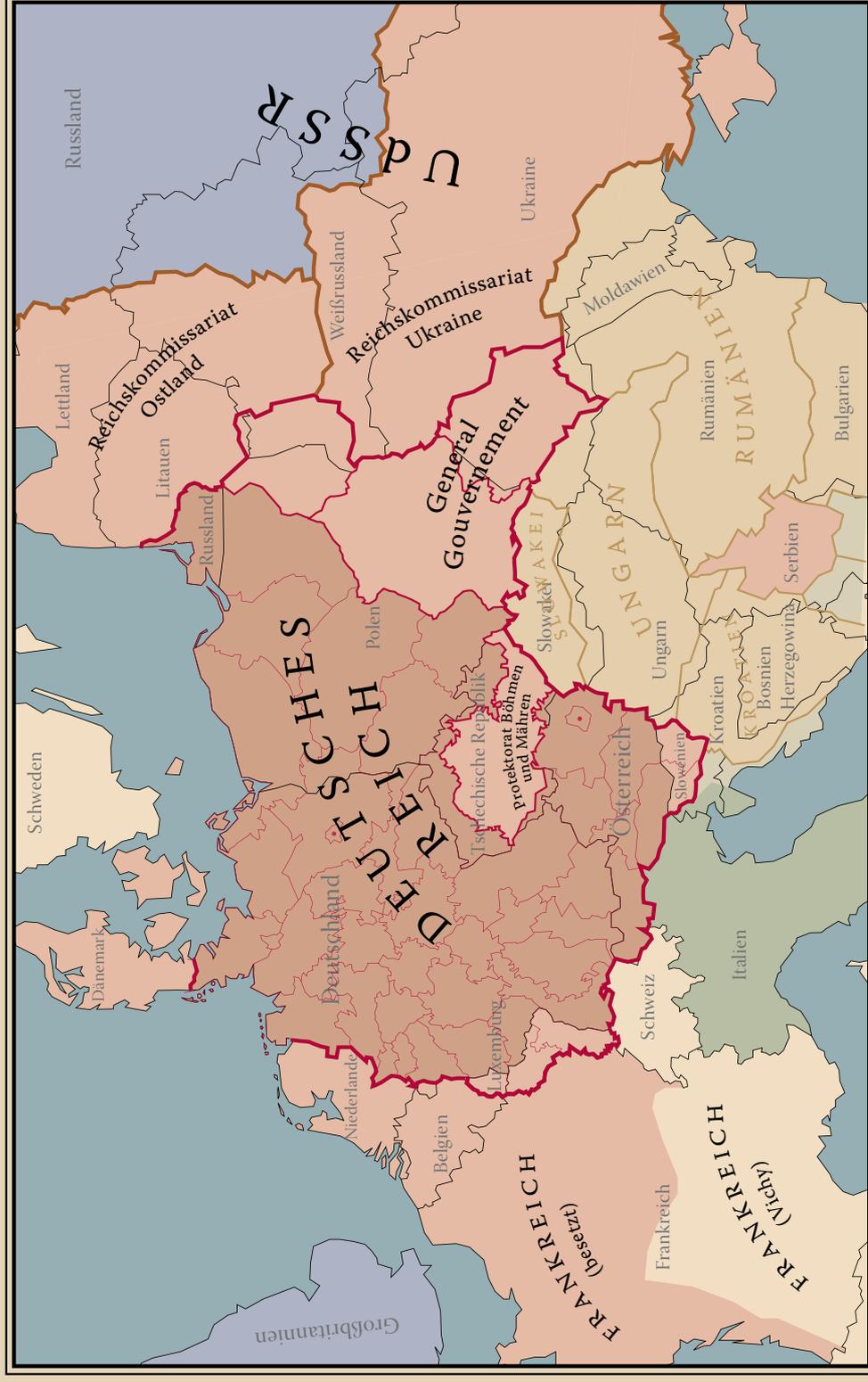
Die Grenzen des Deutschen Reichs

Das nationalsozialistische Deutschland veränderte gewaltsam fast alle Grenzen Europas. Das Deutsche Reich wurde um umfangreiche annektierte Gebiete vergrößert.

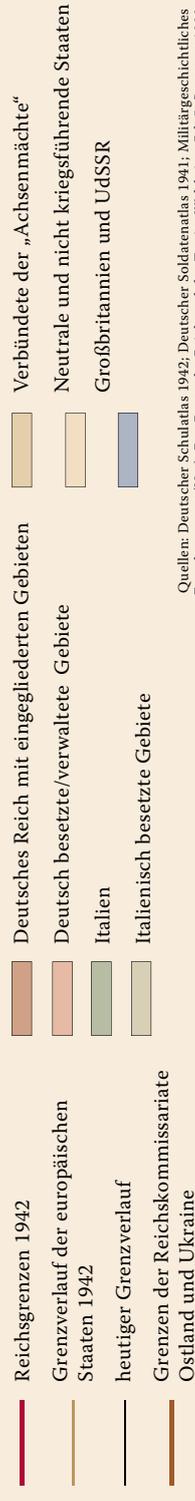
Die Bevölkerung der in das nationalsozialistische Deutschland eingegliederten Gebiete wurde in „Eindeutschungsfähige“ und „Nicht-Eindeutschungsfähige“ unterschieden und dementsprechend enteignet oder vertrieben. Die verbündeten bzw. neu geschaffenen Satellitenstaaten Italien, Kroatien, Ungarn, Slowakei, Rumänien und Bulgarien erhielten große Gebiete.

Entsprechend der Veränderung der Grenzen wurden unterschiedliche Bezeichnungen und Definitionen für die verschiedenen Staaten und Staatsgebilde und deren Bewohner gebraucht. Bis Anfang 1942 wurden die Zwangsarbeiter unter Nationalitätenbezeichnungen wie z. B. Polen, Niederländer oder „Sowjetrussen“ geführt

Danach dominierten geographische Bezeichnungen wie z. B. Generalgouvernement Niederlande oder Jugoslawien. Personen aus der Sowjetunion scheinen ab 1942 mit der Bezeichnung „Ostarbeiter (Arbeitskräfte aus dem alt-sowjetrussischen Gebiet)“ auf.



Politische Verteilung, Stand Dezember 1941



Quellen: Deutscher Schulatlas 1942; Deutscher Soldatenatlas 1941; Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.), Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 5, Stuttgart 1988

Symbolische Entschädigung: Warum so spät ein Thema?

Die im April 1945 neu errichtete Republik Österreich erbrachte zwar Leistungen zu Gunsten der Opfer des Hitler-Regimes. Raubgüter wurden zurückgegeben. Opfer wurden entschädigt. Das alles erfolgte aber zögerlich, in Etappen und oft nur auf Druck der Siegermächte. Angesichts der schwierigen finanziellen Situation während des Wiederaufbaus waren freiwillige Entschädigungszahlungen an Opfer kein populäres Thema. Erst 1995 wurde der Österreichische Nationalfonds gegründet. Aus diesem Fonds erhielten politisch, rassistisch, religiös, abstammungsmäßig oder wegen sexueller Orientierung oder angeblicher Asozialität Verfolgte eine symbolische Entschädigung (in der Höhe von meist 5.080,- Euro). Die von Österreich ausgezahlten Beträge für die NS-Opfer beliefen sich in der Folge auf mehrere hundert Millionen Euro. Trotzdem blieben schmerzhaft Lücken ungeschlossen – die symbolische Entschädigung der Zwangsarbeiter war eine

davon. Mit der Wiedervereinigung Deutschlands im Jahr 1990 und der Öffnung historischer Archive in Osteuropa rückten die Menschen, die von den Nationalsozialisten zu Zwangsarbeitern gemacht wurden, wieder ins Licht der Öffentlichkeit. Dazu kam: In den USA klagten Rechtsanwälte umfangreiche Ansprüche zu Gunsten ehemaliger Zwangsarbeiter/-innen ein. Diese „Sammelklagen“ sorgten für öffentlichen Druck. Sowohl die Schweiz („Bankenvergleich“) als auch Deutschland (Gründung einer Stiftung) sahen deshalb finanzielle Leistungen an ehemalige Zwangsarbeiter vor.



Menschen aus der Sowjetunion mussten das „OST“-Abzeichen tragen.

Österreich richtet Versöhnungsfonds ein

Zivile Ausländer und Ausländerinnen in der Ostmark / Donau- und Alpenreichsgaue	30.9.1944
Sowjetbürger / Ostarbeiter / Altsowjetruss. Gebiet (Ostarbeiter)	178.591
Polen / Ehem. Polen / Generalgouvernement + Bez.Bialystok	106.023
Protektoratsangehörige / Protektorat Böhmen und Mähren	61.738
Franzosen	57.628
Italiener	49.078
Kroaten	22.210
Slowaken	13.213
Jugoslawen / Ehem. Jugoslawen / Ehem. Jugoslawien (ohne Kroatien)	11.706
Ungarn	10.759
andere	69.694
Gesamt	580.640

Die symbolische Entschädigung hunderttausender ziviler Zwangsarbeiter war lange Zeit kein Thema.

Quelle: Florian Freund/Bertrand Perz: Die Zahlenentwicklung der ausländischen Zwangsarbeiter und -innen auf dem Gebiet der Republik Österreich 1939 - 1945, S. 242 ff.

Ähnlich wie in Deutschland wurde auch in Österreich aus Mitteln von Staat und Wirtschaft ein Fonds eingerichtet – der „Versöhnungsfonds“. Im Vorfeld der Gründung agierte die Republik mit viel Fingerspitzengefühl und erreichte nach längeren schwierigen Verhandlungen mit US-Unterstaatssekretär Stuart Eizenstat den Abschluss von bilateralen Regierungskommen mit mittel- und osteuropäischen Staaten und den USA. Letztgenannte vertraten alle Opfer in der übrigen Welt, versprachen aber, für eine Zurückziehung der Sammelklagen einzutreten.



Quelle: DÖW

Versöhnungsfonds: Der Weg zum Ziel

Die Initiative zur „Entschädigung“ der Zwangsarbeiter kam von der im Jahr 2000 gebildeten ÖVP-FPÖ-Regierungskoalition. Bundeskanzler Wolfgang Schüssel kündigte unter anderem „sachgerechte Lösungen“ für ehemalige Zwangsarbeiter an. Er bestellte die ehemalige Präsidentin der Österreichischen Nationalbank, Maria Schaumayer, zur Regierungsbeauftragten für eine endgültige Lösung der Zwangsarbeiterfrage.

Alle Parteien für den „Versöhnungsfonds“

Schon im Juli 2000 beschlossen die gesetzgebenden Körperschaften einstimmig das Versöhnungsfonds-Gesetz. Das am 27. November 2000 in Kraft getretene Gesetz begründete einen „Fonds für Versöhnung, Frieden und Zusammenarbeit“ – kurz: den „Versöhnungsfonds“.

Dem Österreichischen Versöhnungsfonds standen insgesamt 436 Millionen Euro für die symbolische Entschädigung der Zwangsarbeiter zur Verfügung, die auf österreichischem Gebiet für das Nazi-Regime arbeiten mussten. Nicht nur die Regierung, auch die Wirtschaft brachte beträchtliche Geldmittel für den Versöhnungsfonds auf. Der Grund: Viele Unternehmen hatten in der Kriegszeit ausländische Zwangsarbeiter

beschäftigt. Ein Teil ihres späteren wirtschaftliche Erfolgs war somit der Zwangsarbeit zu „verdanken“. Auch die katholische Kirche, in deren Wirtschaftsgütern in der Kriegszeit ebenfalls Zwangsarbeiter tätig waren, leistete einen Beitrag.

Großzügige Behandlung möglich

Die beträchtliche Summe von 436 Millionen Euro ließ eine großzügige Behandlung sämtlicher Anträge von ehemaligen Zwangsarbeitern zu.

Mit Jahresmitte 2005 hatte der Österreichische Versöhnungsfonds insgesamt fast 132.000 Anträge ehemaliger Sklaven- bzw. Zwangsarbeiter genehmigt und dafür rund 352 Millionen Euro ausbezahlt. Alle

Verwaltungskosten konnten aus den Zinserträgen abgedeckt werden. Nicht um einen einzigen Euro wurde der Gesamtbetrag geschmälert, der für Leistungen an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter vorgesehen war. Der ansehnliche Restbetrag wurde einvernehmlich unter anderem auf humanitäre Projekte aufgeteilt.

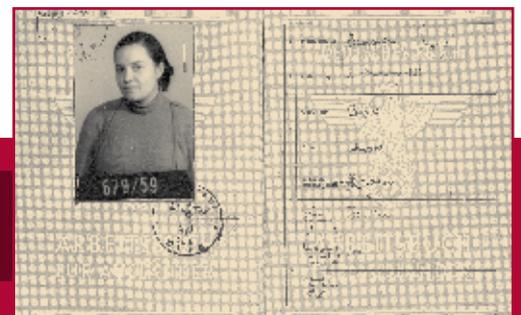


Bundeskanzler Wolfgang Schüssel bestellte die ehemalige Präsidentin der Oesterreichischen Nationalbank, Maria Schaumayer, zur Regierungsbeauftragten für Zwangsarbeiterfragen.

Was Zwangsarbeiter/-innen in Österreich erlebt haben

Schwere landwirtschaftliche Arbeit ohne angemessene Bekleidung hatte Anna O. aus Polen zu verrichten. Eine Nachbarin hatte Mitleid und gab ihr Kleider und Schuhe. Der herzlose Bauer verbrannte diese Geschenke. Ein Wehrmachtssoldat schlug ihr einen Gewehrkolben auf die linke Kopfseite, sodass das Trommelfell platzte. Ein Stier verletzte ihren Fuß schwer, die Wunde blieb unbehandelt. Schließlich wurde Anna O. auch noch zwangssterilisiert.

Marija Vasilevna S. aus der Ukraine wurde mit Schäferhunden zur Landarbeit getrieben. Sie musste schwere Kessel auf einen Herd heben, wobei sie sich verletzte. Sie konnte in der Folge keine Kinder mehr bekommen.



Menschlichkeit statt Bürokratie: So arbeitete der Versöhnungsfonds

Der Österreichische Versöhnungsfonds hat fast 132.000 Anträge ehemaliger Sklaven- bzw. Zwangsarbeiter genehmigt. 102.085 Anträge waren über die sechs Partnerorganisationen des Versöhnungsfonds abgewickelt und nach entsprechender Überprüfung genehmigt worden. Zudem wurden fast 30.000 direkt an den Versöhnungsfonds gerichtete Einzelanträge bearbeitet und bewilligt. Trotz der großen organisatorischen Herausforderungen war die Arbeit des Versöhnungsfonds von Menschlichkeit statt von bürokratischen Abläufen geprägt.

Hoher Wert

In der Praxis zeigte sich, dass die Zahlungen aus dem Versöhnungsfonds für sehr viele Zwangsarbeiter/-innen – vor allem aus dem Osten Europas – einen sehr hohen Wert darstellen. Zahlreiche ehemalige Zwangsarbeiter verwendeten das Geld, um für sie sonst unbezahlbare medizinische Behandlungen durchführen zu lassen. Die Erfahrungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Versöhnungsfonds dokumentieren aber auch, dass für die meisten Opfer die Anerkennung ihrer Leiden, aber auch ihrer damaligen Arbeitsleistungen wichtiger als jede Geldsumme war. Viele fühlten sich zum ersten Mal in ihrem Anspruch auf Menschenwürde auch in

den Jahren der Ausbeutung und Erniedrigung ernst genommen. Deshalb war der erste und wichtigste Teil der Arbeit des Versöhnungsfonds das Zuhören. Unzählige Schicksale wurden in vielen Sprachen erzählt und stießen bei den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Versöhnungsfonds auf Verständnis. Die Antragsteller bedankten sich dafür in persönlichen Briefen, manch einer der oft bettelarmen ehemaligen Zwangsarbeiter revanchierte sich sogar mit einem kleinen Geschenk.

Berührendes Erlebnis

Ein besonders berührendes Erlebnis aus der Arbeit des Versöhnungsfonds: Botschafter Richard Wotava, der Generalsekretär des Versöhnungsfonds, traf bei der Auszahlung von Geldern in Lemberg auf einen Freund aus Jugendtagen: In den letzten Kriegsjahren war Wotava von seinen in Wien lebenden Eltern zu Bekannten auf einen Bauernhof bei St. Pölten

geschickt worden, wo er den um drei Jahre älteren ukrainischen Zwangsarbeiter Wassyl Popadjuk kennen lernte und Freundschaft mit ihm schloss. Wassyl war 1942 im Alter von 13 Jahren mit seinen Geschwistern ins heutige Österreich deportiert und hier von den Geschwistern getrennt worden.



Botschafter Richard Wotava, Generalsekretär des Versöhnungsfonds, traf bei der Auszahlung von Geldern in Lemberg auf einen Freund aus Jugendtagen: den ehemaligen ukrainischen Zwangsarbeiter Wassyl Popadjuk.



Hinter den Aktendeckeln stehen die Schicksale von hunderttausenden Zwangsarbeitern: Die Anerkennung ihrer Leiden durch den Versöhnungsfonds war vielen von ihnen wichtiger als dessen Geldleistungen.

Zahlungen aus dem Versöhnungsfonds: So reagierten die Empfänger

War früher in Zusammenhang mit Opfern des Nationalsozialismus oft von „Wiedergutmachung“ die Rede, so ist heute klar: Mit Geld ist nichts „gutmachen“. Die Zahlungen aus dem Versöhnungsfonds sind als materielle, symbolische Geste zu verstehen – als Zugabe zur Anerkennung von Menschenwürde.

Das zeigen auch die Berichte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Versöhnungsfonds bei der Auszahlung der Geldmittel. Eine Auswahl von Reaktionen dokumentiert, wie die Empfänger auf die Zahlungen des Versöhnungsfonds reagierten:

- Petr Leonidovic M. aus Donezk, der mit seiner kargen Rubel-Pension am Existenzminimum lebt und regelmäßig Spitalsaufenthalte zu bestreiten hat, wollte wissen, wie er zu einem österreichischen Visum kommen könnte: Er möchte unbedingt in seine „Heimat“ Österreich, wo er geboren wurde, und das Grab seines Vaters in Leoben besuchen.
- Auch wenn das erhaltene Geld nur ein „symbolisches Zeichen“ sei, betrachte er es als „ein wichtiges“, schrieb Dan R. aus den USA und dankte „der Regierung und dem Volk von Österreich“.



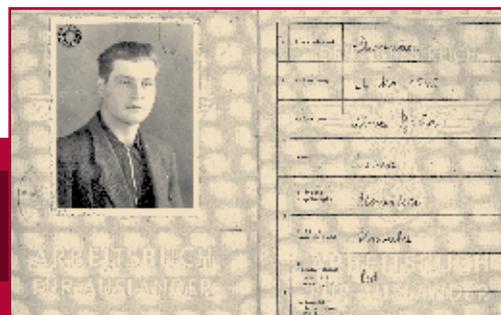
Botschafter Ludwig Steiner, Vorsitzender des Komitees des Versöhnungsfonds, kümmerte sich persönlich um die Auszahlungen an ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter.

- „Der Vater liegt im Sterben, das Geld wird für das Begräbnis sein“, sagte Mustafaev T. aus Samarkand (Usbekistan) am Telefon und weinte.

- Der ungarische Jude Andrew L. dankte schriftlich „den politischen Stellen Österreichs, die den Versöhnungsfonds gründeten, ganz gleich, ob ich nun für berechtigt befunden werde, eine Geldleistung zu erhalten“.

- Für „höfliches und taktvolles Vorgehen“ der Mitarbeiter im Entschädigungsverfahren bedankte sich Professor J. F. aus Brüssel, wozu er den Versöhnungsfonds „beglückwünschte“.

- Erwin R. aus Paris schrieb an seinen Wiener Gesprächspartner vom Versöhnungsfonds: „Ich war in Ihrem Amt um eine Geldbetrag, ich habe erhalten von Ihnen tausendmal größeres Geschenk! Ich habe durch Ihre Menschlichkeit zurückgefunden den Glauben an eine bessere Menschheit und sehe in Ihnen einen guten, lieben Freund.“



Was Zwangsarbeiter/-innen in Österreich erlebt haben

„Im Sommer mussten wir im Wald schlafen, im Winter alle zusammen in einer Holzbaracke. Ich leide heute unter akutem Asthma, einer Lungennarbe, schweren Beinkrämpfen, Krampfadern und Schlaflosigkeit“, berichtet der gebürtige Ukrainer Stefan H. von seinem Zwangsarbeitseinsatz in einem Forstbetrieb in Österreich.

Anastazia K. aus der Ukraine leidet noch immer an Schlaflosigkeit, Angstzuständen und Depressionen: Sie war bei der Feldarbeit geschlagen worden. Ein Kind, das sie nach einer Vergewaltigung geboren hatte, wurde ihr auf der Stelle weggenommen.

Die Bedeutung des Versöhnungsfonds

Ehemalige Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen konnten ihre Anträge bis Jahresende 2003 direkt an den Versöhnungsfonds oder über Opferverbände in osteuropäischen Staaten stellen. Alle Antragsteller mussten im Voraus eine Erklärung unterschreiben, dass sie auf weitere Ansprüche verzichteten. Laufende Klagen auf Entschädigungsleistungen wurden zurückgezogen.

Unterschiedliche Kategorien

Weil es unterschiedliche Arten der Zwangsarbeit gegeben hatte, wurden verschiedene Kategorien von Antragstellern berücksichtigt:

1. Zwangsarbeiter/innen in der Landwirtschaft sowie in Hotels und Haushalten: Sie bekamen pro Person 1.453 Euro. Diese Arbeit war meist leichter als anderswo, ging aber dennoch nicht selten auch mit Unterdrückung oder Vergewaltigung einher.
2. Zwangsarbeiter/innen in Erzeugungsbetrieben von Industrie oder Gewerbe, in der Bau- und Elektrizitätswirtschaft, bei Reichsbahn und Reichspost: Ihnen standen 2.543,- Euro zu, weil die Arbeitsbedingungen hier in der Regel härter als in der Landwirtschaft waren (Unterbringung meist in Lagern, kein Zutritt zu Luftschutzräumen u. a.)
3. Als Sklavenarbeiter/innen galten Personen, die Zwangsarbeit unter Bedingungen verrichten mussten, die mit denen in Konzentrationslagern (KZ) ver-

gleichbar waren. Das galt besonders für ungarische Juden beim Bau des „Südostwalls“ in der Endphase des Krieges sowie für Roma und Sinti und jedenfalls für alle, die in KZ-ähnlichen „Arbeitserziehungslagern“ (AEL) landeten. Sie erhielten 7.630,- Euro.

4. Für jedes während der Zwangsarbeit in Österreich geborene oder auf Befehl abgetriebene Kind gab es eine zusätzliche Leistung.

5. Antragsberechtigt waren auch Personen, die aus politischen Gründen, wegen ihrer Religion, Abstammung, wegen Homosexualität, wegen Behinderung (häufig Opfer medizinischer Versuche) oder ‚Asozialität‘ zur Arbeit gezwungen worden waren.

6. KZ-Insassen erhielten auf ausdrücklichen Wunsch von der deutschen Stiftung finanzielle Leistungen.

Keine finanzielle Leistungen gab es für Kriegsgefangene, weil das Völkerrecht ihre Heranziehung zu Zwangsarbeit erlaubt.

Die Zahlungen an die Opfer erfolgten sofort, nachdem die letzte Klage vor amerikanischen Gerichten zurückgezogen worden war. Zuvor waren ehemalige Zwangsarbeiter und ihre Verwandten durch Zeitungs-, Radio- und Fernsehberichte, Werbeeinschaltungen, Pressekonferenzen in vielen Städten, durch eine Website im Internet und andere Publicitymaßnahmen auf den Versöhnungsfonds aufmerksam gemacht worden.

Die Zahlungen begannen am Tag nach Zurückziehung der letzten Klage vor amerikanischen Gerichten.



Quelle: Propagandabuch „Europa – arbeitet in Deutschland“

Die Zwangsarbeit in der Landwirtschaft konnte nur hinsichtlich Unterkunft und Verpflegung ein Vorteil sein: Gerade Zwangsarbeiterinnen wurden schrecklich gedemütigt und misshandelt.

Leistungsbilanz 12.07.2005

So viel wurde an die Opfer ausbezahlt

	Gesamtzahl Summe der Anträge	Eingesetzt in der Landwirtschaft	Eingesetzt in der Industrie	Sklavenarbeiter/-innen (KZ-ähnliche Umstände)	Ausbezahlte Mütterzuschläge	Summe in Euro
Individualanträge nach Ländern bzw. Kontinenten						
Bosnien Herzegowina	631	37	560	34	11	1.741.605,10
Deutschland	1.011	82	526	403	4	4.533.696,41
Frankreich	6.447	146	5.982	319	20	17.869.165,81
Griechenland	434	7	345	82	9	1.516.682,51
Großbritannien	975	465	437	73	36	2.357.508,69
Israel	3.095	5	1.370	1.720	5	16.618.465,60
Italien	638	31	568	39	3	1.788.479,09
Kanada	1.000	383	346	271	24	3.513.370,28
Kroatien	1.912	237	1.574	101	34	5.131.067,64
Niederlande	590	14	560	16	1	1.567.190,20
Österreich	1.779	441	864	474	61	6.477.696,21
Serbien Montenegro	2.475	98	2.218	159	29	7.007.843,56
Slowakei	458	62	378	18	7	1.191.471,65
Slowenien	2.395	868	1.447	80	27	5.562.382,88
USA	3.290	343	1.857	1.090	50	13.557.485,66
Restliches Europa	1.155	158	799	198	24	3.781.532,49
Australien	635	191	321	123	16	2.038.474,12
Lateinamerika	550	138	331	81	26	1.670.022,57
Afrika	12	3	8	1		32.339,43
Asien	11	2	8			30.885,97
SUMME	29.493	3.711	20.499	5.283	387	97.987.365,87
Anträge über die Partnerorganisationen						
Belarus	4.347	1.631	2.708	8	5	9.666.150,12
Polen	22.693	1.6372	6.197	124	379	42.681.501,86
Russland	12.708	5.123	7.551	34	57	27.921.177,35
Tschechien	10.946	247	10.436	263	34	30.234.655,99
Ukraine	42.661	22.804	19.637	220	541	87.966.666,71
Ungarn	8.730	53	5.619	3.058	3	37.932.968,98
SUMME	102.085	46.230	52.148	3.707	1.019	237.593.153,14
Pauschalleistung an die Claims Conference						
						16.370.226,07
GESAMTSUMME	131.578	49.938	72.652	8.988	1.406	351.950.745,08

So finanzierte sich der Versöhnungsfonds

Zuwendungen	Summe in Euro
Bund	268.889.000
Wirtschaft	133.750.000
Andere Gebietskörperschaften	36.337.000
Sonstige	278.000
SUMME	439.254.000
Zinsen (Stand 31.5.2005)	27.767.000
GESAMTSUMME	467.021.000

Individualanträge wurden direkt beim Österreichischen Versöhnungsfonds eingereicht und von diesem auch abgewickelt. Über die sechs Partnerorganisationen in Russland, Belarus, der Ukraine, Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn eingereichte Anträge wurden von diesen bearbeitet und vom Versöhnungsfonds best-igt.

Rund eine Million Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus ganz Europa wurde während der Nazi-Zeit auch auf österreichischem Gebiet rücksichtslos und unmenschlich ausgebeutet. Jene, die den Terror überleben konnten, zeigen uns mit ihren Schicksalen hautnah, warum es wichtig

Geschichte und Verantwortung

ist, die Vergangenheit nicht zu vergessen oder zu verdrängen

– und Verantwortung wahrzunehmen. Der Österreichische Versöhnungsfonds stellte insgesamt 436 Millionen Euro für die symbolische Entschädigung der Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen zur Verfügung, die auf österreichischem Gebiet für das Nazi-Regime arbeiten mussten. Wichtiger als die Geldsumme ist für die meisten Opfer, dass nun endlich ihre Leiden, aber auch ihre Arbeitsleistungen anerkannt worden sind.



**Herausgeber -
für den Inhalt verantwortlich:**
Österreichischer Versöhnungsfonds
<http://www.versoehnungsfonds.at>

Im Text dieser Broschüre gilt die verwendete männliche Form sinngemäß für die weibliche.